KfW Development Research
Entwicklungspolitik Kompakt

Bank aus Verantwortung

Renaissance der Industriepolitik: Staatliche Förderung braucht den Markttest

Ausgabe 08, 14. Oktober 2026 // Autor: Wolfgang Krieger (DEG), Redaktion: Heide Kühlken

Industriepolitik erlebt weltweit eine Renaissance. Laut OECD erhielten die 525 größten Industriekonzerne im Jahr 2024 Subventionen von insgesamt 108 Milliarden US-Dollar. Das entsprach 1,3 Prozent ihres Umsatzes und dem zweithöchsten Wert seit Beginn der Erfassung. Die EBRD zählt für 2009 bis 2022 zudem mehr als 31.000 industriepolitische Maßnahmen in rund 150 Volkswirtschaften. Entscheidend ist nicht mehr die Frage, ob Staaten Industriepolitik betreiben, sondern wie. Den Subventionswettlauf der großen Wirtschaftsräume können Entwicklungs- und Schwellenländer außerhalb Chinas fiskalisch kaum gewinnen. Im Folgenden wird aufgezeigt, wie gezielte Förderung dennoch gelingen kann.

Industriepolitik im Wandel

Bereits im 18. und 19. Jahrhundert sollten Zölle, Infrastrukturinvestitionen und staatliche Förderung den Aufbau heimischer Industrien ermöglichen. Nach 1945 setzten zahlreiche Entwicklungsländer auf Importsubstitution, während ostasiatische Staaten ihre Förderung stärker mit Exportorientierung und internationalem Wettbewerb verbanden. Importsubstitution brachte häufig ineffiziente und dauerhaft geschützte Industrien hervor. Einzelne ostasiatische Volkswirtschaften konnten dagegen technologische Lernprozesse und neue Exportbranchen anstoßen.

Seit den 1980er-Jahren traten selektive Eingriffe zunächst in den Hintergrund. Der Staat sollte stabile Rahmenbedingungen schaffen, während Märkte über Investitionen und Produktionsstrukturen entschieden. Finanzkrise, Pandemie, Klimawandel und geopolitische Spannungen haben das Pendel erneut in Richtung staatlicher Intervention ausschlagen lassen. Industriepolitik soll heute nicht nur Wachstum fördern, sondern zugleich Lieferketten absichern, technologische Abhängigkeiten reduzieren und den klimaneutralen Umbau ermöglichen.

Der neue Subventionswettlauf

China steht im Zentrum dieser Entwicklung. Die 2015 gestartete Strategie „Made in China 2025“ leitete den Aufstieg in strategische Hochtechnologien ein. Der 15. Fünfjahresplan führt diesen Kurs für 2026 bis 2030 fort, mit stärkerem Fokus auf technologische Eigenständigkeit, resiliente Lieferketten und Zukunftsfelder wie Halbleiter, Robotik und Biotechnologie. Laut OECD erhielten chinesische Industrieunternehmen zwischen 2005 und 2024 gemessen am Umsatz durchschnittlich drei- bis achtmal so hohe Subventionen wie Unternehmen in OECD-Staaten.

Subventionen verschieben nachweislich Marktanteile: Rund 22 Prozent der weltweiten Marktanteilsgewinne wachsender Unternehmen zwischen 2005 und 2023 lassen sich laut OECD durch die erhaltene Unterstützung erklären. Auf Investitionen und Produktivität wirken Subventionen dagegen nicht oder negativ. Die daraus entstehenden Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrungen verschärfen die Handelsspannungen. Die USA und die EU reagieren mit Zöllen und weiteren Schutzmaßnahmen, greifen zugleich aber selbst stärker in Investitionsentscheidungen ein. Aus den durch die US-Regierung zugesagten CHIPS-Act-Subventionen für Intel z. B. wurde 2025 eine Beteiligung von 9,9 Prozent am Konzern. Damit droht eine Spirale aus Subventionen, Schutzmaßnahmen und Gegensubventionen.

Förderung muss sich bewähren

Für Entwicklungs- und Schwellenländer folgt daraus kein Verzicht auf Industriepolitik. Sie müssen ihre knappen Mittel jedoch selektiver einsetzen. Indonesiens Exportverbot für Nickelerz zeigt die Ambivalenz: Die Maßnahme zog ausländische Investitionen an und erhöhte die heimische Weiterverarbeitung, verstärkte aber zugleich die Abhängigkeit von chinesischem Kapital, Technologie und Abnahme. Marokko wählte hingegen den exportorientierten Weg. Investitionen in Infrastruktur, Ausbildung und Zuliefernetzwerke verbanden ausländische Hersteller mit der heimischen Wirtschaft. 2025 erreichte die Automobil-Produktion eine Million Fahrzeuge. Vier von fünf Fahrzeugen werden exportiert.

Daraus folgen drei Bedingungen für erfolgreiche Subventionen:

1. Grundlage für Förderung ist ein konkretes Marktversagen und wenige realistische Prioritäten.
2. Die Erfolgskriterien müssen vorab feststehen. Markttest bedeutet: Wer gefördert wird, muss nach einer festgelegten Frist ohne dauerhaften Schutz bestehen, private Anschlussinvestitionen gewinnen und sich möglichst auf Drittmärkten behaupten.
3. Verbindliche Auslaufklauseln gehören in die Förderregeln. Viele Programme laufen nicht deshalb dauerhaft weiter, weil sie erfolgreich sind, sondern weil die Begünstigten gut organisiert und die Kosten breit verteilt sind.

Fazit

Die Renaissance der Industriepolitik ist mehr als ein weiterer Ausschlag des historischen Pendels. Wenn Subventionen, Zölle, Lieferkettensicherheit und staatliche Beteiligungen dauerhaft zusammenwirken, verändert sich das wirtschaftspolitische Betriebssystem. Entwicklungs- und Schwellenländer gewinnen diesen Wettbewerb nicht durch größere Programme. Ihre Chance liegt in einer klügeren Auswahl der Engpässe und in einer Förderung, die private Investitionen auslöst, technologisches Lernen ermöglicht und sich konsequent dem Markttest stellt. ■

ISSN 2195-1403 Hinweis: Dieses Papier gibt die Meinung der Autoren wieder und repräsentiert nicht notwendigerweise die Position der KfW.

One Pager